

Online-Vortragsreihe *EU Recht* aktuell



Vom European Green Deal zum Green New Deal – Hindernisse, Chancen, Perspektiven

Der European Green Deal ist derzeit das zentrale Programm, mit der die EU Klimaneutralität bis 2050 erreichen will. Insgesamt existieren eine Vielzahl von Rechtsnormen als auch politischen Programmen, die den Green Deal ausmachen. Dabei wird versprochen, niemanden – weder Mensch noch Region – im Stich zu lassen. In Wirklichkeit weist der Green Deal soziale Defizite auf, die nach den EU-Wahlen angesichts der neuen Kräfteverhältnisse größer zu werden drohen.

Mit der Vortragsreihe wollen wir den Green Deal und die europäische Politik bewerten und analysieren, inwiefern eine Weiterentwicklung notwendig ist. Hier sind sowohl Wissenschaft als auch Praxis gefragt, so dass wir innerhalb des Projekts der Hans-Böckler-Stiftung zum „europarechtlichen Rahmen sozial-ökologischer Transformation“ eine Kooperation zwischen dem Lehrstuhl von Professor Andreas Fisahn der Universität Bielefeld und der IG Metall eingegangen sind. Gemeinsam sind wir Teilnehmende des interdisziplinären HBS-Projektverbundes „Sozial-ökologische Transformation“ und Veranstaltende dieser Reihe.

Von Dezember 2024 bis Februar 2025 laden wir monatlich zu insgesamt drei Online-Vorträgen ein, die wir im „Mittagspausenformat“ **zwischen 12 und 13 Uhr** abhalten. Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme und eine rege Diskussion.

**Veranstalter: Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht,
Rechtstheorie Prof. Dr. Andreas Fisahn, Universität Bielefeld und IG Metall**

03.12.2024: Amerikanischer „New Deal“ als Vorbild für den „European Green Deal“?

In Anlehnung an sein historisches Vorbild hatte die EU-Kommission im Dezember 2019 den Begriff „Green Deal“ für ihr umfassendes Programm zum Klimaschutz gewählt. Nach der Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2024 haben sich die Kräfteverhältnisse in der EU allerdings verschoben, so dass das Programm auf der Kippe steht.

Der amerikanische „New Deal“ der 1930er Jahre, der als Reaktion auf die Finanzkrise 1929 und die anschließende „Große Depression“ unter Präsident Franklin Delano Roosevelt durchgeführt wurde, war hingegen höchst erfolgreich in der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise. Was waren seine Erfolgsfaktoren? Was kann die europäische Politik daraus lernen, um die heutigen Krisen zu bewältigen?

*Dies wollen wir am 3.12.2024 von 12 bis 13 Uhr erörtern mit Prof. Dr. **Steffen Lehndorff**, Wirtschaftswissenschaftler, Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg Essen.*

<https://uni-bielefeld.zoom-x.de/j/61219667855?pwd=i1hVX3WM0jN2NbYu5PE1egT7Zs7UhK.1>

23.01.2025: EU als Markt und / oder sozialer Raum?

In den europäischen Verträgen wird die EU auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ verpflichtet; andererseits findet man auch den Grundsatz der „sozialen Marktwirtschaft“ und die Ziele „Vollbeschäftigung“ und „sozialer Fortschritt“, welche aber eher abstrakt bleiben. Europäische Grundfreiheiten werden vom EuGH vielfach zulasten von Rechten Beschäftigter ausgelegt. Auf der anderen Seite gibt es im sozialen Bereich Erfolge, was die EU-Mindestlohnrichtlinie zeigt.

Wie ist das Verhältnis von Markt und Sozialstaatlichkeit in der EU einzuschätzen? Sind Änderungen in diesem Verhältnis nach der Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2024 zu erwarten?

*Hierzu erwartet uns am 23.01.2025 von 12 bis 13 Uhr ein Input von Dr. **Anne Karrass**, DGB-Referatsleiterin Europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, den wir im Anschluss gemeinsam diskutieren.*

<https://uni-bielefeld.zoom-x.de/j/69585235993?pwd=ZMEPQ6H5s3PBTCtPzaDRQ8gaaEfodL.1>

13.02.2025: Europäische Industriepolitik als Antwort auf den amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA)?

Mittels des 2022 aufgelegten Investitions- und Subventionsprogramm namens Inflation Reduction Act (IRA) pumpen die USA jedes Jahr Milliarden Dollar in Form von Subventionen, Darlehen und Steuererleichterungen in die heimische Wirtschaft, um diese anzukurbeln und klimaneutral zu machen. Die EU fürchtet um ihre Wettbewerbsfähigkeit und will ihrerseits die europäische „green economy“ unterstützen. Doch die Europäischen Verträge sehen ein grundsätzliches Beihilfeverbot vor, das trotz einer Reihe von Ausnahmetatbeständen ein Hemmschuh bleibt.

Welche industriepolitischen Instrumente benötigen wir auf europäischer und deutscher Ebene, um effektiven Klimaschutz voranzubringen und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen?

*In der dritten und letzten Veranstaltung unserer Reihe am 13.02.2025 zum „Green Deal“ referiert und diskutieren wir von 12 bis 13 Uhr mit Dr. **Katrin Mohr**, politische Sekretärin im Ressort Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall.*

<https://uni-bielefeld.zoom-x.de/j/61314648998?pwd=WirsSltpvctyYUT8C0pWTaHS8E86F6.1>